

## Die Regierung ist nicht stabil

Die Regierung sitzt nicht wirklich fest im Sattel. Auch wenn sie versucht, durch zentralisierte Medienarbeit Harmonie vorzutäuschen, ist kaum eine Woche ohne Skandal, Unstimmigkeit und Zurückrudern vergangen. Die ÖVP erlebt Widerstand aus den Bundesländern, die FPÖ schmerzt der Spagat. Doch die SPÖ kann das Potential nicht ausschöpfen.

Seite 2

## Portugal: Wie links die Regierung?

Die Sparpolitik der Troika ist nicht beendet. Die liberale PS, die mit Unterstützung des Linksblocks (BE) und der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP) regiert, sieht sich wachsendem Unmut und Streiks gegenüber. Minerva Martins von Socialismo Revolucionário berichtet über die Fehler der Linken und deren Folgen.

Seite 12

## Schwerpunkt

Schwarz-Blau bläst zum Generalangriff auf die „68er“. Die ganze Welt war damals erschüttert von Aufständen und Revolutionen. Und es ging um weit mehr als nur Sex.

Seiten 7-10



# VORWÄRTS

**SLP**  
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-  
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 267 | 05.18

# Nein zu Kürzungen im Gesundheitsbereich!

**Direkt nach** den AMS-Kürzungen (530 Mio.) greift die Regierung fünf Millionen Versicherte und 6.000 Beschäftigte der Unfallversicherung AUVA an. Der erste Schritt in der weiteren Zerstörung der Gesundheitsversorgung. Von der Senkung des Unfallbeitrags (von 1,3 auf 0,8%) und den AUVA-Kürzungen (500 Mio. bzw. 40% des Budgets) profitieren fast ausschließlich Großkonzerne und Banken.

Die wissen, warum sie den Kurz-Wahlkampf finanziert haben: KTM-

vention etc.: Die Behandlung von bis zu 370.000 AUVA-PatientInnen pro Jahr ist gefährdet. Und das gefährdet Menschenleben! Weitere Angriffe auf unsere Gesundheit sind durch die Fusion der Krankenkassen, durch Schritte in Richtung Privatisierung der Gesundheit, die Verlängerung der Arbeitszeit und weiteren Sozialabbau geplant.

**Die Beschäftigten** des Böhrer-Spitals und anderer AUVA-Einrichtungen haben mit öffentlichen Betriebsversammlungen,



## Die AUVA-Kürzungen zeigen, was die Regierung plant: Sparen bei der Gesundheit - für Geschenke an die Reichen.

Chef Pierer hätte so seine "Spende" (€440.000) in nicht einmal einem Jahr herinnen. Die Konsequenzen spüren wir alle! Ob akute Behandlung nach Arbeits- oder Verkehrsunfällen, Reha, Prä-

de-facto-Warnstreiks, und der Androhung von Streiks wichtige Schritte in Richtung Widerstand gesetzt - und Sozialministerin Hartinger-Klein zu einem verbalen Rückzieher gezwungen. Das

zeigt das Potential einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik. So schnell wird die Regierung aber nicht nachgeben. Und jede Verschlechterung, die sie durchbringt, wird sie ermutigen, weitere Angriffe zu planen. Die Konsequenz: Ein Gesundheitssystem nur noch für die, die sich eine Privatversicherung leisten können.

**Der Druck muss** erhöht werden: Beschäftigte

können im Betrieb Aktionsgruppen aufbauen, die Aktivitäten rund um AUVA-Betriebe organisieren und diskutieren, wie ein Streik (z.B. im Krankenhaus) durchgeführt werden kann. PatientInnen/Versicherte können über offene Veranstaltungen eingebunden werden, um die Bewegung zu verbreitern. Der ÖGB muss die Kürzungen bei AMS und AUVA zum Anlass nehmen und endlich seine Mitglieder zum offenen

Kampf gegen diese Regierung der Reichen zu mobilisieren.

**Flo Klabacher**

### Die SLP fordert:

- Nein zu allen Kürzungen bei AUVA, AMS & Co!
- Die Gewerkschaft muss einen österreichweiten Aktionstag gegen die Kürzungspläne organisieren!
- Bauen wir gemeinsam Aktionsgruppen in Betrieben, Schulen und Unis auf!

**Der Standpunkt**



**von Sonja Grusch** Seit einigen Monaten ist die SPÖ in der Opposition. Die Regierung zeigt immer deutlicher ihr wahres Gesicht. Viele Linke in der SPÖ sehen das als Chance für „die Partei“, wieder zu alter Größe zu kommen. Eine ArbeiterInnenpartei ist dringend nötig – doch die SPÖ ist schon lange die Partei der ManagerInnen und PragmatikerInnen – die Parteibasis hat nichts mitzureden. Wobei: mitreden darf sie schon – nur hat es kaum Auswirkungen auf den Kurs. Und inhaltlich? Wo die SPÖ in Regionalregierungen ist, wird auch gekürzt, gestrichen, abgeschoben. Weniger schlimm zu sein als die anderen ist nicht wirklich die Basis für Begeisterung.

Das soziale Mäntelchen, das Kern versucht, sich umzuhängen, kann die teuren Maßanzüge nicht überdecken. Entsprechend wird zwar ein bissi rhetorisch sozial geblinkt, aber in der Sachpolitik bleibt man dann doch beim Plan A, inklusive 12-Stunden-Tag.

## Liebe GenossInnen der SPÖ-Linken!

Das Konzept, „jetzt in der Opposition“ die Partei wieder zu alten Werten zurückzuführen, ist so alt wie die SPÖ selbst – und hat noch nie funktioniert. Weil die SPÖ nicht nur aus taktischen Gründen bürgerliche Politik macht, sondern eine verbürgerlichte Partei ist. Es ist gut, wenn sich Linke in der SPÖ (eine SPÖ-Linke gibt es nicht) zusammenschließen. Wenn sie über ein sozialistisches Programm diskutieren, aber v.a. darüber, wie es erreicht werden kann – in der politischen Praxis wohl gegen die Parteiführung und deren Politik. Es wäre auch gut, wenn die Linken in der SPÖ den Kampf um Führung und Kurs der Partei aufnehmen, anstatt sich zurückzuhalten aus Angst, das würde die Partei schwächen. Eine Partei soll ein Kampfinstrument für die Interessen der ArbeiterInnenklasse sein. Ist sie das nicht und scheitert der Kampf dafür, dann ist es Zeit, sich ein neues Kampfinstrument zu schaffen. Eine ArbeiterInnenpartei ist dringend nötig – die Linken in der SPÖ sind aufgerufen, bei ihrem Aufbau zu helfen!

**Impressum:**  
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U  
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



## Die Kurz'schen Tonfüße

**Etwas steht** auf „tönernen Füßen“, wenn es nicht stabil ist. Genau das trifft auf die Regierung zu. Auch wenn sie hartnäckig ver-

tisiert. Die FPÖ schlingert von Fettnapf zu Fettnapf und Strache muss sich laufend von rechten Rülpsern distanzieren, was wieder-

les deutet darauf hin, dass nun, nachdem alle Landtagswahlen geschlagen sind, die Angriffe an Fahrt aufnehmen. Und damit auch der Unmut über die Regierungspolitik bei ihren eigenen WählerInnen.

Ein zentraler Grund für viele, die Kurz und FPÖ gewählt haben, war der Wunsch nach Veränderung, gegen die etablierte Politik. Diese Hoffnung wird in den kommenden Monaten immer weiter zerbröseln und auch durch rassistische Ablenkungen nicht aufgefangen werden. Das einzige, was diese Regierung stabil hält, ist die Schwäche der Linken. Eine echte, linke Alternative würde Kurz & Strache rasch den Boden unter den Füßen wegziehen.

**Sonja Grusch**

## Die Regierung sitzt bei weitem nicht so fest im Sattel wie sie vorgibt.

sucht, durch zentralisierte Medienarbeit Harmonie vorzutäuschen – seit Regierungsantritt ist kaum eine Woche ohne Skandal, Unstimmigkeit und Zurückrudern vergangen. Mit Hartinger-Klein (Gesundheit) und Moser (Justiz) könnten zwei Minister bald ihr Amt verlassen. Aus den Bundesländern werden diverse Regierungspläne durch ÖVP-PolitikerInnen offen kri-

um den Burschenschaftlern missfällt.

**Mit** rechts-populistischen Maßnahmen (Deutschklassen, Kinderbeihilfe) – die dann eh so nicht kommen werden können, weil illegal bzw. unpraktikabel – wird versucht, von der Politik für Reiche abzulenken. Noch sind die Umfragewerte für die Regierung recht gut. Doch al-

## Untreue FPÖ-WählerInnen

**Jede Stimme** für die FPÖ ist eine zuviel. Und sie konnte bei den Landtagswahlen in Niederösterreich, Kärnten, Tirol und Salzburg auch zulegen. Doch überall blieb sie hinter den Erwartungen zurück. Teils hat man gleich niedrige Wahlziele ausgegeben, um sie nur ja zu erreichen. Und die Zuwächse waren teilweise von einem recht niedrigen Level weg. Was ins Auge sticht, ist der Unterschied zwischen den

Nationalratswahlen und den Landtagswahlen. Tatsache ist, dass jeweils rund 1/3 der Menschen, die bei der Nationalratswahl im Herbst 2017 ihre Stimme der FPÖ gaben, dies dann bei den Landtagswahlen in diesem Jahr nicht mehr taten. Viele wählten gar nicht (mehr). Natürlich sind es andere Wahlen und es hat immer etwas vom berühmten Apfel- und Birnen-Vergleich. Aber Begeisterung sieht anders aus...



## So muss Alternative!

**Der Wunsch** nach einer linken Alternative ist groß. Die SPÖ wird von vielen – zu Recht – nicht als diese gesehen, ist ihre praktische Politik doch unverändert neoliberal. Österreich ist hinten nach beim Aufbau einer neuen linken Kraft und daher vorne weg bei der Stärke des Rechts-extremismus. Wir können also beim Aufbau dieser Linken in Österreich (und ja, der wird kommen) von den Erfahrungen lernen. Wir brauchen eine Orga-

nisation, an der eine aktive Basis die Entscheidungen fällt und nicht ein paar SpitzenfunktionärInnen. Eine, die nicht in der kapitalistischen Logik gefangen bleibt, sondern sagt was nötig ist, nämlich diese zu durchbrechen. Eine Partei, die Teil von sozialen Bewegungen und Klassenkämpfen ist und die nicht nur auf Mandate schießt. Mit so einer neuen Linken ist die alte Rechte rasch „auf dem Müllhaufen der Geschichte“.



## FPÖ: Postenschacher hat System

**Nicht einmal** 100 Tage im In der Zeit des Aufstiegs der Haider-FPÖ hörte man markige Sprüche gegen „Freunderlwirtschaft“ und

re Geschichten von Inkompetenz und Abgehobenheit sickerten v.a. über die FPÖ-geführten Ministerien an die Öffentlichkeit.

kom, Tetron, Eurofighter) harrt teils bis heute ihrer endgültigen Aufarbeitung.

Mittlerweile ist die FPÖ erneut Teil der Regierung.

### Wie ist die „Umfärbung“ in Ministerien und staatsnahen Betrieben durch Schwarz-Blau zu bewerten?

„Postenschacher“. Man sei anders als die „Altparteien“, stelle „Kompetenz vor Parteibuch“, werde Korruption in öffentlichen Ämtern, ÖBB, ORF & Co. beenden. Doch die konstruierte Frontstellung des „Dritten Lagers“ (Deutsch- und National-Neoliberale) zu den „Systemparteien SPÖ-VP“ stand im Gegensatz zur schwarz-blauen Realität von 2000-05. Unfassbar

Spätestens jetzt sollte klar werden, dass jegliches Gerede von der „Arbeiterpartei FPÖ“ ein elender Propagandaschmäh einer weiteren „Systempartei“ war. Geglaubt wurde (und wird) er teils infolge der berechtigten Ablehnung von jahrzehntelanger ÖVP-/SPÖ-Korruption und ihrer neoliberalen Politik. Die Liste an Affären und Skandalen (z.B. BUWOG, Novomatic, Tele-

Und obwohl man so tut, als ob man mit der Haider-FPÖ und ihren Skandalen nichts zu tun hat, ist alles beim Alten geblieben. Die FPÖ setzt die Freunderlwirtschaft von SPÖVP bzw. von Schwarz-Blau 1+2 fort – mit Turbo. Schon jetzt zeigt der Umbau in den Ministerien u.a. durch die Generalsekretäre klare anti-demokratische autoritäre Züge. Das Oppositions-Image

geht dadurch langfristig wohl zum Teufel, aber man hat ja eine Doppelstrategie: Abbau demokratischer Ererungenschaften, um sich gegen kommende Protestbewegungen zu rüsten. Und für „den Pöbel“ muss der etablierte Rassismus sowie populistische Angriffe auf ORF, AMS und ÖBB als Ablenkung von der sozialen Misere reichen. Die nun zu beobachtende Eskalation von Postenschacher und Umfärbung ist die Begleitmusik der arbeitnehmerInnen-feindlichen Attacken. Die FPÖ erweist sich wieder als „Rammbock des Kapitals“. Die einzige Option ist gemeinsamer Widerstand von unten, bundesweite Vernetzung aller Initiativen bis hin zur Vorbereitung von Streikmaßnahmen.

**Franz Neuhold**

## Umfärben auf Schwarz-Blau

„Schwarz-Blau“ steht nun vor einer Zweidrittelmehrheit im ORF-Stiftungsrat. Dieser hat weitreichende Kompetenzen, inkl. Festlegung der Angebotsstruktur von Radio & TV sowie entscheidender Positionen. Kurz bestimmt 17 von 30 PublikumsrätInnen, die wichtige Mandate in den Stiftungsrat entsenden. Die Drohung von Entlassungen und Stellenabbau durch FPÖ-Stiftungsrat Steger zeigt, dass Kritik nicht geduldet wird.

**Hofer zeigt** als Verkehrsminister „neuen Stil“ bei den ÖBB: „Umfärbung im Rekordtempo“. Chef wird anstelle einer SPÖ-Managerin der rechtsextreme Burschenschafter Schiefer. Ebenso im Aufsichtsrat: die ultra-neoliberale Barbara Kolm. Dies könnte ein Signal dafür sein, dass ein neuer Versuch zur weitgehenden Privatisierung der Eisenbahnen und massive Verschlechterungen für die Beschäftigten bevorstehen.

**Arnold Schiefer** war bislang Vorstandsmitglied der Heta Asset Resolution, deren einzige Aufgabe ist, die völlig unbrauchbaren Teile der not-verstaatlichten Hypo Alpe Adria zu verramschen. Diese ist eine der Erblasten Jörg Haiders (FPÖ-Führer 1986-2000). Somit hat Haider, von Milliardenverlusten für SteuerzahlerInnen abgesehen, einem wohlhabenden Burschenschafter einen Versorgungsposten gesichert.

**Kurz über** die AMS-Führung: „Überforderung und Ineffizienz“. Sein Plan: vor allem Kürzungen und nebenbei Neuvergabe von Posten an Parteifreunde. Tatsache: Das aktuelle AMS-Kürzungspaket (550 Mio. €) trifft Erwerbsarbeitslose, egal ob sie in Österreich geboren sind oder nicht, gleichermaßen. Wer an der AMS-Spitze sitzt, ist (fast) egal. Es braucht gemeinsamen Widerstand von unten gegen die Angriffe!

### Der rechte Rand

**Bei den** Betriebsratswahlen in der deutschen Autoindustrie im März konnte die rechts-extreme AFD-nahe Liste „Zentrum Automobil“ in drei Betrieben Erfolge verbuchen. Im Daimler Werk in Untertürkheim erreichte sie sogar 13,2% und wurde zur zweitstärksten Kraft. In Rastatt und Sindelfingen waren es immerhin 8,1 und 3,4%. Auch in Österreich sind rechte Listen auf dem Vormarsch. So bekam der FPÖ-Landtagsabgeordnete und Multifunktionär Rudolf Kroiß mit den Freiheitlichen Arbeitnehmern (FA) 2016 bei der Firma Eternitwerke GMBH in Vöcklabruck 86,6%. Bei der Pöttinger Entsorgungstechnik erreichte die FA sogar 92%. In der VOEST waren es 2015 immerhin 11%. Das Programm dieser Listen, die Teil der rassistischen FA sind, besteht in der Regel aus (pseudo) Globalisierungskritik und dem Versuch, sich als bessere Vertretung der KollegInnen zu präsentieren und die etablierten Listen als Kollaborateure der Bosse darzustellen. Die Gewerkschaftsbürokratie wird diesem Vorwurf auch gerecht. Das Fehlen einer kämpferischen und antirassistischen Gewerkschaftspolitik spielt den Rechten in die Hände. Doch wenn es drauf ankommt, stimmen die rechten Gewerkschaftslisten gegen die Belegschaft. So schreibt das „Zentrum Automobil“ von der „gegenseitigen Abhängigkeit von Arbeitnehmer und Arbeitgeber“. Dies ist der Schlachtruf jener, die Kämpfe von ArbeiterInnen ausbremsen wollen. Die FA stimmten bei der heurigen Landeskonferenz der Pro-GE in Oberösterreich sogar gegen einen Antrag zum Erhalt der JugendvertrauensrätInnen.

**Lukas Kastner**

Nach jahrzehntelanger Kürzungspolitik im Bildungsbereich und stagnierenden Löhnen streikt das Lehrpersonal in immer mehr Bundesstaaten der USA. Den Startschuss setzte West Virginia, mit einem achttägigen, illegalen Streik unter dem Motto „Until they sign it, shut it down“. LehrerInnen und öffentlich Bedienstete kämpften hier für eine Lohnerhöhung von 5%. Der Kampf für die Umsetzung der Forderungen entstand an der Basis und setzte sich über die kompromissbereite Gewerkschaftsführung hinweg. Die Streikwelle für höhere Löhne und gegen weitere Einsparungen an Schulen, setzte sich in Oklahoma und Kentu-

**Frisch gekämpft  
ist halb gewonnen!**

cky fort und wird auch in Arizona und New Jersey ein Thema. Der Widerstand gegen neoliberale Einsparungspolitik und Steuergeschenke für Konzerne entbrennt damit vor allem in republikanischen Staaten, in denen Trump gewonnen hatte.

Das zeigt, dass es sich bei den Präsidentschaftswahlen nicht um einen reinen „Rechtsruck“ handelt, sondern dass erst das Fehlen eines Angebotes an die ArbeiterInnenklasse den Weg für Trump freimachte. Bezeichnend ist, dass in allen 55 Bezirken in West Virginia Bernie Sanders in den Vorwahlen gewonnen hatte. Das zeugt von einem Anti-Establishment Bewusstsein, das sich in den Präsidentschaftswahlen ein falsches Ventil gesucht hatte und jetzt in sozialen Kämpfen schlagend wird.

Die Streiks zeigen auch, dass Beschäftigte und Gewerkschaften die Angriffe auf ArbeitnehmerInnenrechte nicht hinnehmen müssen, sondern sie zurück schlagen können.

**Martina Gergits**



## Kollektivverträge unter Beschuss

Während die Gewerkschaftsspitzen immer noch auf Sozialpartnerschaft schwören, haben

Offensive gegen ArbeitnehmerInnenrechte.

Schwarz-Blau hätte's gern individueller, zwi-

Mit „KV-Flucht“ bzw. der Aushöhlung von KV sind wir in immer mehr Branchen konfrontiert: Die Drucker stehen seit einem Jahr im Arbeitskampf um einen KV, nachdem ihr Arbeitgeberverband diesen 2016 aufkündigte. Im Marketingbereich streben die (grün dominierten) Arbeitgeber ein Ende des KV in der jetzigen Form an. Obwohl nach diesem KV jetzt schon schlecht bezahlt wird und ihn viele branchenfremde Unternehmen deswegen gerne anwenden, soll auch diese letzte Absicherung weg.

Die Gewerkschaft muss für KV kämpfen, die diesen Namen auch verdienen, statt einen fatalen Deal nach dem anderen einzugehen. Wenn die (SPÖ-dominierte) Gewerkschafts-

bürokratie weiter im Sinne „des Wirtschaftsstandortes“ verhandelt, werden die Bosse immer am längeren Hebel sitzen. Arbeitskämpfe, Streiks und eine konsequente Strategie bringen Erfolge, alles andere Verluste, das zeigt die Erfahrung.

Als vor sechs Jahren das AUA-Flugpersonal in die billigere Tochter Tyrolean verschoben wurde, entschied der Europäische Gerichtshof zwar für den ursprünglichen KV, doch unter dem Druck der Insolvenz akzeptierte der Betriebsrat einen deutlich schlechteren. Jetzt kämpfen die KollegInnen für einen KV, von dem man auch leben kann. Streiks sind ihre Antwort auf die aktuellen Rekordgewinne der AUA.

**Jan Millonig**

*Was fehlt, ist eine konsequente, nachhaltige Kampfstrategie gegen die Angriffe auf die Kollektivverträge.*

sich die Wirtschaftsbosse längst davon verabschiedet. Kollektivverträge (KV) werden zunehmend zu einer Beschränkung für ihre Profite in der sich zuspitzenden Konkurrenz am kapitalistischen Markt. Vom „Aufschwung“ ist hier nichts zu spüren, im Gegenteil: Industriellenvereinigung, ÖVP und FPÖ sind in der

schon den einzelnen ArbeitnehmerInnen und ihren Chefs und weniger „zentrale Kollektivverträge“ (so im Regierungsprogramm). Doch alleine ist man viel eher der Unternehmerwillkür ausgeliefert als durch eine gemeinsame Vertretung, die für eine ganze Branche verhandelt und nicht nur einzelne Betriebe.

## ÖGB-Kongress für Widerstand nutzen!



**Egal ob Streiks** im Sozialbereich, mögliche Streiks bei der AUA-Bord, Drucker KV, Widerstand der DeutschtrainerInnen, Arbeitskampf bei der AUA...: In vielen Betrieben brodel es. Nur die ÖGB-Spitze wartet ab. Daher verlangen die InitiatorInnen eines neuen Initiativantrags an den ÖGB-Kongress im Juni einen Anstoß für österreichweite Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen, wo über die Pro-

bleme debattiert wird. Auf Konferenzen von BetriebsrätInnen und GewerkschaftsaktivistInnen sollen mögliche Widerstandsschritte beraten und beschlossen werden. Außerdem verlangen die InitiatorInnen „Österreichweite Aktions- und Arbeitskampftage bis zum Ende 2018 als ersten Schritt, um die Angriffe auf die ArbeitnehmerInnen abzuwehren und nachhaltig Druck auf die Regierung auszu-

üben“. (Zitat aus der Resolution). Sammle auch du bei KollegInnen Unterschriften, beschließt den Text als Resolution aus eurem Betrieb. Es ist eine Initiative für einen Antrag von KollegInnen aus verschiedenen Bereichen, die auch längerfristig kämpferische BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen und BasiskollegInnen zusammenbringen will.

**Michael Gehmacher,**

26 Jahre ÖGB-Mitglied  
oegbaufruetteln@gmx.at

# Frauen\_Arbeit\_ Frauenarbeit

Unter diesem Titel hat am Freitag, dem 13.4 und am Samstag, dem 14.4 ein Seminar stattgefunden. Für Frauen, aber auch Männer, die für eine Gesellschaft mit gleichen Rechten für alle und ohne Frauenunterdrückung kämpfen wollen, wurden spannende Diskussionen und Referate vorbereitet.

Aktivistinnen der „Nicht mit mir“ Kampagne haben das Seminar in ihren regelmäßigen Treffen, in denen schon eine Reihe von Aktionen geplant und Themen diskutiert wurden, organisiert. Themen waren z.B die Pläne der österreichischen Regierung, wie Kapitalismus (nicht) funktioniert, internationale Beispiele, wie man sich gegen die von oben kommenden ausbeutenden und unterdrückenden Maßnahmen von unten wehren kann, der Streik im Sozialbereich, der Frauenstreik in Spanien, Hausarbeit und wie Feminismus von Marken benutzt und verzerrt wird. Diskutiert wurde im Plenum und in Kleingruppen, alle Einleitungen wurden von Frauen gehalten.

Am Samstag fand auch eine rechte Kundgebung statt, die Gewalt an Frauen als Deckmantel für rassistische Hetze benutzt und somit von der Wurzel des Problems und seiner Bekämpfung ablenkt. Darum wurde schon im Vorfeld

entschieden, im Anschluss an das Seminar eine Kundgebung zu organisieren und gemeinsam hinzugehen. Um gut vorbereitet zu sein, war ein Argumentationstraining und Faktencheck zuvor als Teil des Seminars eingeplant. Der zentrale Punkt ist, dass Gewalt gegen Frauen kein importiertes Problem ist und rund 90% der Täter von (sexueller) Gewalt gegen Frauen und Kinder aus dem Bekannten- und Verwandtenkreis kommen. Bei der Kundgebung, an der auch die Omas gegen Rechts, autonome Feministinnen und andere teilnahmen, traten wir gegen Rassismus auf und entlarvten die wahren Interessen der Rechten. Rednerinnen von Nicht mit mir und der SLP erklärten unsere Forderungen, mit denen Gewalt gegen Frauen wirklich bekämpft wird.

Alles in Allem war es ein großer Erfolg für das Seminar, dass sich ALLE Anwesenden mit Wortmeldungen und Beiträgen einbrachten. Wir hoffen, bei den kommenden Aktionen bekannte Gesichter zu sehen und wollen die nächsten Aktionen schon mit neuen AktivistInnen planen. So u.a. Veranstaltungen und die Teilnahme an der Menschenkette für Frauenrechte – mach mit bei „Nicht mit mir“.

**Ella Kempter**  
FB/Nicht mit mir



## Rettung der „Brücke“

**Schwarz-Blau** macht Ernst mit seinen Angriffen: Der sozialökonomische Betrieb „Gasthaus zur Brücke“ hat

und wollen durch ihre Kontakte mehr Geld heraushandeln – das dann wohl woanders gestrichen wird.

zeitarbeitslosen und Menschen, die sich gegen diese Einsparpolitik solidarisieren, sind der einzige Garant

## Schwarz-Blau Kürzungspolitik beenden – Solidarität mit dem Vöcklabrucker Betrieb „Gasthaus zur Brücke“

in den letzten 21 Jahren Fördergelder vom AMS erhalten und über 700 Personen – Beschäftigte und Erwerbsarbeitslose – betreut. Nun kürzt die Regierung das Budget des AMS und das Gasthaus steht vor der Schließung. Die Regierung beginnt dort zu sparen, wo sie sich keine Gegenwehr erwartet.

VertreterInnen etablierter Parteien fordern einen politischen „Schulterschluss“

Wir sind der Meinung, es braucht eine andere Strategie: nur öffentlicher Druck wird die Landesregierung zu Zugeständnissen bringen. Wir versuchen, mit Hilfe wöchentlicher Kundgebungen Widerstandskomitees gegen die Sparpolitik aufzubauen. Diese Komitees aus Beschäftigten in der Brücke und anderen sozialökonomischen Betrieben, denen Kürzungen bevorstehen, aus Lang-

dafür, Kürzungen langfristig zurückzuschlagen. PassantInnen und Beschäftigte in der Brücke bedankten sich für unsere Kampagne gegen die Schließung. Wir fordern den Weiterbestand der Brücke, ein Ende der Kürzungen und Geld für Beschäftigte und Arbeitslose statt Steuergeschenke für Unternehmen.

**Brandl Stefan**  
und **Simon Stockhamer**

## Rote Ostern in Berlin

Wie jedes Jahr fanden heuer wieder die Sozialismustage der SAV (deutsche Schwesterorganisation der SLP) statt. Um die 500 Menschen nahmen an der dreitägigen Veranstaltung teil. Es gab Veranstaltungen zu diversen Themen: Über Arbeitskämpfe in Spitälern, zur Situation von LGBTIQ-Personen in Russland, Inklusion von Menschen mit Behinderungen bis zu marxistischen Grundlagen. SLP-AktivistInnen waren von der ersten bis

zur letzten Stunde aktiv dabei, sei es beim Auf- und Abbau, Redebeiträgen, Organisation oder Erste Hilfe. Höhepunkt war die Teilnahme der sozialistischen Stadträtin Kshama Sawant aus Seattle. Sie ist eine der bekanntesten AktivistInnen unserer Schwesterorganisation in den USA, Socialist Alternative und berichtete, wie erfolgreiche sozialistische Politik auf lokaler Ebene funktionieren kann.

**Jens Knoll**



### Termin des Monats

Menschenkette für Frauen\*rechte  
26. Mai 2018 (14:30-16:30 Uhr)



Weil Frauenrechte nicht aus- sondern speziell unter dieser Regierung sogar abgebaut werden, gibt es eine Menschenkette für Frauenrechte. Die sozialistisch-feministische Initiative „Nicht mit mir“ beteiligt sich bunt, laut und sichtbar. Hilf mit bei der Mobilisierung und komme nachher mit zum Kennenlertreffen von „Nicht mit mir“.

**26.5. Nicht mit mir-Treffpunkt:**

Wien 1 – Schwedenplatz

**ab 18<sup>00</sup> Uhr Kennenlertreffen:**

Wien 20, Pappenheimg. 2/1 („Büro“)

**Im Mai** findet die royale Hochzeit von Prinz Harry statt. Die Kosten werden 14 Millionen € betragen. Insgesamt kostet die britische Königsfamilie nach offiziellen Angaben 100 Millionen € pro Jahr. Tatsächlich liegt der Betrag viel höher, da z.B. Sicherheitskosten nicht eingerechnet werden. Dass man sich das leisten kann, wirkt seltsam, fährt die britische Regierung doch seit Jahren Sparkurs. So befand sich das Gesundheitssystem im letzten Winter kurz vor dem Zusammenbruch. 55.000 Operationen wurden abgesagt, in vielen Krankenhäusern starben PatientInnen auf den Gängen, während sich vor Notaufnahmen Krankenwa-

## Rote Seitenblicke

gen stauten. Jahrelanges Sparen schädigte die öffentliche Gesundheitsversorgung so stark, dass es mit der Grippe-Wellen heuer kaum noch zurecht kam. Die katastrophalen Folgen der Sozialabbaupolitik seit den 1980ern zeigen sich in allen Bereichen der britischen Gesellschaft. Vom Mangel an leistbarem Wohnraum über ständig steigende Preise für (privatisierte) öffentliche Verkehrsmittel bis zu örtlichen Bibliotheken und Jugendzentren, die mangels Förderungen geschlossen werden. Dennoch läuft jetzt schon eine mediale Kampagne über die „romantische“ Hochzeit an. Damit soll die Mehrheit der britischen Bevölkerung von ihren sozialen Problemen abgelenkt werden. Wie romantisch ist es, einen schmarotzenden Clan durchfüttern zu müssen, während viele britische ArbeiterInnen mit ihren kargen Löhnen kaum noch über die Runden kommen und nicht einmal eine richtige Gesundheitsversorgung erhalten?

Manuel Schwaiger



## Musik im Dienste der Nation

**Vom 8.-12. Mai** findet wieder der alljährliche Eurovision Song Contest (ESC) statt, diesmal in Portugal. Der ESC genoss lange Zeit für seine schrulligen

tität nach dem Motto: Wir sind die Gemeinschaft der nach Westen blickenden, freien und demokratischen EuropäerInnen. Wir beweisen uns und der Welt, wie

in erster Linie wohl nicht die musikalischen Qualitäten des Liedes, die für ihren Sieg den Ausschlag gaben. Eher wurde die Repräsentantin der Ukraine als poli-

respektable Punktzahl erreicht, dann wird das nicht als ein künstlerischer Erfolg dieses Sängers empfunden – sondern als ein nationaler Triumph in der Konkurrenz mit den anderen europäischen Nationalstaaten. Genauso schickt Russland Julija Samoilova als Nationalheldin ins Rennen. Sie soll die gekränkte russische Ehre wiederherstellen, nachdem ihr letztes Jahr die Teilnahme verweigert wurde. Der ESC ist auf der Ebene der Musik, was Fußballwelt- und Europameisterschaften auf der Ebene des Sports sind. Die Reichen aller Länder versprechen sich davon fette Profite und eine gehorsame Bevölkerung im Dienste „nationaler Einheit“ – für uns bleibt nur die Plastikmusik.

Fabian Lehr

*Beim Eurovision-Song-Contest geht es um Nationalismus und Profit, nicht um Musik.*

Trash-Nummern Kultstatus. Doch gerade im Zuge des Konflikts zwischen NATO und Russland in den letzten Jahren nahm der Contest einen zunehmend politischen Charakter an. Mehr und mehr dient der ESC der Bildung einer doppelten gemeinschaftlichen Identität.

Einmal einer gesamt-europäisch-westlichen Identität

bunt und vielfältig und lebensbejahend dieser Kontinent ist – seit er nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion unter der Devise von Kapitalismus und bürgerlicher Demokratie wieder vereinigt ist. Als 2016 die ukrainische Teilnehmerin Jamala mit ihrem antirussischen, nationalistischen Beitrag "1944" triumphierte, da waren es

tisches Symbol gewählt, als Ohrfeige für den russischen Nationalfeind.

**Zweitens sind** aber auch innerhalb dieser beim ESC konstruierten westlich-europäischen Gemeinschaft teilnehmenden KünstlerInnen politische BotschafterInnen ihrer Nationalstaaten. Wenn der österreichische Kandidat eine

## Kickl will Rauchverbot in Fußballstadien

**Für viele Fans** in österreichischen Fußballkurven gehört Pyrotechnik zum Spiel wie der Weihrauch zum katholischen Gottesdienst. Doch FPÖ-Innenminister Kickl will Pyrotechnik nun verbieten. Bei Rapid-Wien werden die WEGA und der Geheimdienst gegen die Fanszene mobilisiert und es kam zu Hausdurchsuchungen.

Derzeit machen Fans und Fußballvereine die Nutzung von Pyrotechnik im Stadion untereinander aus. Bei Rapid wurde ein

Genehmigungsverfahren eingerichtet. Nur in besonderen Zonen darf gefackelt werden. Dadurch wird das Abbrennen reguliert und für alle Beteiligten sicherer. Ein Verbot wird nie funktionieren – egal wie viel Polizei vor Ort ist oder wie hoch die Strafen sind.

Fußballfans haben nur eine kleine Lobby und sind für das Austesten neuer Repressions-techniken gut geeignet. Schon unter rot-schwarzen Regierungen waren

Fußballfans ein Experimentierfeld autoritärer Politik. 2016 wehrten sich die Fans mit einem gemeinsamen Aktionstag verschiedener Fanszenen, an dem eine Kennzeichnungspflicht für Polizisten gefordert wurde. Die Pyro-Debatte zeigt, dass Fußballfans von schwarz-blau nur schlechtes zu erwarten haben. Gemeinsame Solidarität und Aktionen wie 2016 werden da umso nötiger.

Christian Bunke



# VORWÄRTSSCHWERPUNKT



## 1968: Weit mehr als eine sexuelle Revolution

**Der neue** Innenminister Herbert Kickl verkündete, dass die neue Regierung der „offensive Gegenentwurf zur 68er Generation“ sei und der FPÖ-Klubdirektor sprach davon, die „Hegemonie der 68er“ zu beenden. Konservative Werte und „die Familie“ sollen gefördert und die Ideen der sexuellen Revolution und Frauenbewegung von 1968 bekämpft werden.

Doch was geschah 1968 eigentlich wirklich? In der Zeit rund um 1968 gab es

in diesen Verbesserungen die Korrektur der letzten Fehler des Kapitalismus, die zu einer Vollenkung dieses Systems führte. Doch die noch heute vorherrschende Frauenunterdrückung und die zunehmenden Versuche, das Rad der Geschichte wieder zurückzudrehen strafen sie Lügen.

**Aber die Revolte** von 68 war auch in Österreich weit mehr als eine rein sexualpolitische Bewegung.

gung oft auf ihren sexualpolitischen Aspekt reduziert. Es ist nicht zu leugnen, dass in dieser Periode geschlechterpolitisch viel erreicht wurde bzw. der Grundstein für spätere Verbesserungen, wie das Recht auf Schwangerschaftsabbruch 1975, gelegt wurde. 1961 kam die Anti-Baby-Pille in Österreich auf den Markt und legte die Basis auch für Schritte in Richtung sexueller Befreiung. Doch die Frauenbewegung entstand nicht im luftleeren

1965 sollte die ehemalige Waggon- und spätere Flugzeugfabrik Raxwerk in Wiener Neustadt mit Zustimmung der Gewerkschaft privatisiert werden. Die Belegschaft sprach sich in einer Abstimmung klar gegen die Privatisierung aus und trat daraufhin in einen Sitzstreik.

Unter den Studierenden rumorte es ebenso. Der braune Mief von 1945 sollte endlich aus Universität und Staat vertrieben werden. Schon 1965 wurde zahlreich gegen den Nazi-Professor Borodajkewicz, der nach wie vor an der Uni lehrte und sich kein Blatt vor den Mund nahm, demonstriert. Auf einem dieser Proteste wurde der Kommunist und Widerstandskämpfer Ernst Kirchweyer bei einem Nazi-Angriff so stark verletzt, dass er starb. Seine Beerdigung wurde zur Massendemonstration, an der 25.000 Menschen teilnahmen.

Ebenso mobilisierten die Proteste gegen den Vietnam-Krieg und andere internationale Befreiungs- und Anti-Kriegsbewegungen viele auf die Straße. Linke und sozialistische Ideen fanden immer mehr Zuspruch und immer mehr suchten eine Alternative, sowohl zum Kapitalismus,

als auch zum Stalinismus. Die linke und antikapitalistische Unterstützung des „Prager Frühlings“ führte in Österreich zu Konflikten in der KPÖ, die sich lieber von ihrer Jugend- und ihrer Gewerkschaftsstruktur trennte, als die stalinistische Bürokratie in Russland zu kritisieren.

Rund um 1968 hat sich international und in Österreich viel verändert, viele Verbesserungen wurden erkämpft. 1968 steht für fortschrittliche Konzepte in gesellschaftspolitischen Fragen, bei Frauenrechten, Jugendrechten und den Rechten von unterdrückten Menschen und Völkern. Das Gegenkonzept ist Bevormundung, Obrigkeitsdenken und Demokratieabbau. Und die Herrschenden rufen zur Konterrevolution auf. Viele dieser Errungenschaften, vor allem frauenpolitische Erfolge, stehen ganz oben auf der Abschlusliste der schwarz-blauen Regierung, von Trump, Orban & Co. und müssen nun gegen diese verteidigt werden. Eine Wiederbelebung des Widerstandsgeistes von 1968 kann dabei, auch 50 Jahre später, sicher nicht von Nachteil sein.

Nicolas Prettnner

### *Schwarz-Blau & Co. blasen zum Generalangriff auf die Errungenschaften der 68er-Bewegung.*

weltweit eine Vielzahl an Bewegungen, die eine große Bandbreite an Themen abdeckten. Von nationalen Befreiungsbewegungen (Vietnam), über Bürgerrechte (USA), Kampf gegen Diktaturen (Portugal, Griechenland), Antifaschismus (Deutschland), Frauenrechte und riesige Streikbewegungen (Frankreich) war alles dabei. Auch Österreich wurde mitgerissen.

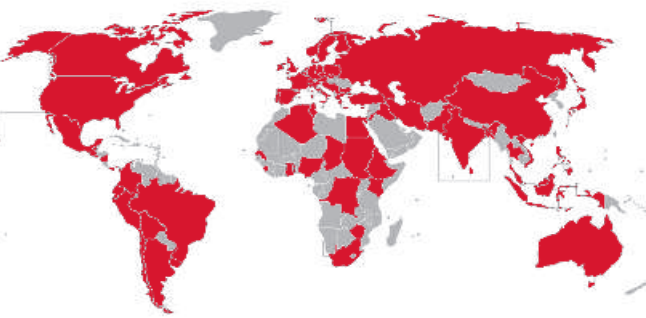
Sowohl von konservativer, als auch von liberaler Seite wird die 68er-Bewe-

ren Raum. Im Rahmen des Nachkriegsaufschwunges waren immer mehr Frauen berufstätig. Das erhöhte Selbstbewusstsein und Kampfbereitschaft. Die Familienrechtsreform der 1970er Jahre stellte erstmals eine rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der Ehe her. Es ging auch um ein anderes Menschenbild. Weg vom Zwang und Züchtigung, hin zu Erklären, Helfen und Unterstützen. Die bürgerliche Geschichtsschreibung sieht

Die Zeit nach Ende des 2. Weltkrieges war auch eine Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs. Gerade auch in Österreich hatten die ArbeiterInnen das Wirtschaftswachstum mit harten Entbehrungen und niedrigen Reallohnen über viele Jahre erst möglich gemacht. Sie wollten endlich ihr Stück vom Kuchen abhaben. So kam es auch gerade in den 1960er und 70er Jahren zu zahlreichen betrieblichen Auseinandersetzungen.

**1968: eine globale Revolte**

Länder, in denen es zu fortschrittlichen Protesten, Bewegungen und Aufständen kam:



Quelle: Rolf Werenskjold: A Chronology of the global 1968 protest  
Volda University College, 2010  
Grafik: SK

**Zahlen & Fakten:**

- **28.3.63** 250.000 beim „Marsch für Arbeit und Freiheit“ auf Washington D.C., Martin Luther King sagt „I have a dream“
- **2.6.67** Benno Ohnesorg wird bei Protesten gegen den Besuch des Schahs in West-Berlin von der Polizei ermordet
- **4.1.68** Vor dem Hintergrund von Protesten wird der Reformler Dubček 1. Sekretär der Kommunistische Partei der Slowakei und leitet einen Führungswechsel ein. In der folgenden Dynamik werden Millionen aktiv, um für echten Sozialismus zu kämpfen
- **31.1.68** Die Vietnamesische Befreiungsarmee leitet die „Tet-Offensive“ ein, die Kämpfe gehen bis vor die US-Botschaft in Saigon
- **14.2.68** Studierende in Nanterre/Frankreich besetzen ihre Uni aus Protest gegen Zivilpolizei am Campus, es folgen Besetzungen und Proteste im ganzen Land
- **4.4.68** Martin Luther King wird von einem Rechtsextremen ermordet. Bei den folgenden Unruhen in den ganzen USA werden 46 AfroamerikanerInnen erschossen
- **11.4.68** Der deutsche Rudi Dutschke (SDS) wird von einem Rechten angeschossen. Es folgen heftige Ausschreitungen vor dem Springer-Verlagshaus in Berlin
- **6.5.68** Die Proteste in Frankreich erreichen mit einer Massendemo in Paris einen ersten Höhepunkt. Polizei-Repression löst eine Solidarisierungswelle aus. Ab 13.5. ruft die KP-nahe Gewerkschaft CGT zum Generalstreik auf, Hunderttausende beteiligen sich
- **19.6.68** Über 50.000 demonstrieren in Washington für „Jobs, Peace and Freedom“
- **20.8.68** 200.000 Soldaten des Warschauer Pakts marschieren in der CSSR ein und schlagen den „Prager Frühling“ nieder
- **2.10.68** 200–300 Studierende in Tlatelolco/Mexiko werden bei einer Massendemo gegen das Regime erschossen
- **6.6.71** Im „Stern“ erklären 374 Frauen (illegal) abgetrieben zu haben. Es folgen Demonstrationen für die Legalisierung – ein Höhepunkt der deutschen Frauenbewegung
- **15.10.73** Eine Massenbewegung in Thailand stürzt die Diktatur. Es folgen monatelange Proteste für soziale Verbesserungen
- **15.74** Nach einem von der Bevölkerung unterstützten militärischem Aufstand gegen die Diktatur in Portugal sind es KommunistInnen und GewerkschafterInnen, die die Massen auf den Straßen anführen. Eine sozialistische Revolution ist zum Greifen nah!

# Die revolutionäre Welle 1968

**1968, das war** eine „revolutionäre Welle“! Wie schon nach der französischen Revolution 1789, dem Jahr 1848, der Russischen Revolution 1917 oder zuletzt dem „arabischen Frühling“ 2011 erfasste sie nicht nur einzelne Länder, sondern breitete sich inter-

nicht die internationale Wirtschaftskrise, die mit Anfang der 1970er Jahre einsetzte, aber erstmals seit Jahren nahmen wieder Massentlassungen, Fabriksschließungen und Lohnverluste zu. Es wurde deutlich, dass der Kapitalismus nicht automatisch

räle wie De Gaulle oder Eisenhower regierten immer noch. Frauen drängten ins Berufsleben und erlangten langsam finanzielle Unabhängigkeit, aber um zu arbeiten brauchten sie die Erlaubnis ihres Vaters oder Ehemannes. Stalin war tot, aber die Sowjetunion und ihre Satelliten-Staaten liberalisierten sich kaum. Die Pille war verfügbar, aber Sex ein riesiges Tabu. Die Sklaverei war längst abgeschafft, aber AfroamerikanerInnen wurden im Süden der USA gelyncht...

## Die 1960er und 1970er Jahre haben die Welt...

national aus. Die Proteste nahmen aufeinander Bezug und heizten sich gegenseitig an. Es entstand ein Bewusstsein für Internationalismus abseits der oft hohlen Phrasen von Stalinismus und Sozialdemokratie. Es entstand, trotz erheblicher politischer und wirtschaftlicher Unterschiede in verschiedenen Ländern, aus einer gemeinsamen Erfahrung: Die Versprechen der Herrschenden für eine bessere Zukunft, die Behauptung beider Seiten im Kalten Krieg, das bessere, menschenfreundlichere System zu sein, wurden immer unglaubwürdiger. Der industrialisierte „Westen“ erlebte nach 1945 einen gigantischen wirtschaftlichen Boom. Auch wenn die KapitalistInnen nicht freiwillig teilten: starke Gewerkschaften hatten (auch vor dem Hintergrund der Systemkonkurrenz zu den stalinistischen Staaten) auch für die ArbeiterInnen den höchsten Lebensstandard der Geschichte erkämpft. Dieser Boom geriet Ende der 60er Jahre ins Stocken. Zwar war das noch

zu einer ständigen Verbesserung des Lebens führen würde.

Verbunden mit dem bis dahin gewachsenen Wohlstand gab es erheblichen technischen und für viele leistbaren Fortschritt. Fernseher, Waschmaschinen und die Verbreitung von Kommunikationsmitteln wie dem Telefon fanden sich in vielen Haushalten. Aber der Fortschritt stieß auf oft völlig verkrustete Strukturen. Die herangewachsene Nachkriegsgeneration, die mit eigenem (Taschen)Geld, mit dem ersten Moped usw. eine kleine, neue Freiheit kennenlernte und eine neue Jugendkultur unabhängig von den Erwachsenen hervorbrachte (zuerst die Beatles, dann die Rolling Stones...) hatte es in Familie, Ausbildung und Beruf oft mit absurd reaktionären Zuständen zu tun. Der Konservatismus passte so überhaupt nicht mehr zu ihrem Lebensstil und dem Bild vom modernen Kapitalismus.

Der Faschismus war besiegt, aber alte FaschistInnen beherrschten das Establishment. Der Krieg war gewonnen, aber alte Gene-

Widersprüche wie diese blieben ungelöst und die Herrschenden machten keine Anstalten, das zu ändern. Und ausgehend von diesen, ständig erlebten Widersprüchen gingen Jugendliche und in manchen Ländern auch ArbeiterInnen weiter und stießen auf den Grundwiderspruch: Den zwischen Kapital und Arbeit, den zwischen ArbeiterInnenklasse und Bourgeoisie oder im Osten zwischen verkündetem Sozialismus und Realität. Der Kalte Krieg trieb die Widersprüche auf die Spitze. Beide Seiten behaupteten, das nicht nur wirtschaftlich überlegene System zu sein, sondern auch das moralisch bessere. Dabei stand die Praxis in Ost und West im Widerspruch zur Propaganda: Die Tet-Offensive in Vietnam machte nicht nur die sich anbahnende Niederlage des US-Imperialismus deutlich, sondern lenkte die Aufmerksamkeit auf US-Kriegsverbrechen und die Lügen der Regierung über den Konflikt. Die harte Reaktion der Sowje-





tion auf die zarten Demokratisierungen durch die Führung der CSSR, die später den Prager Frühling auslöste, machte Hoffnungen auf die Reformierbarkeit der stalinistischen Systeme kaputt. Die brutale Repression gegen Studierende in Frankreich, den USA oder Deutschland zeigte die engen Grenzen der westlichen „Demokratien“.

### ... zwar längerfristig – aber nicht dauerhaft – erschüttert.

**1968 brachte** die Explosion dieser Entwicklungen mindestens der vorhergegangenen zehn Jahre. Schon lange gab es in den USA eine Bürgerrechtsbewegung, die kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens waren schon lange stark und die anti-kolonialen Befreiungsbewegungen hatten schon so manchen Aufstand gewagt. Aber die Gleichzeitigkeit dieser Prozesse in so vielen Ländern brachte 1968 eine völlig neue Dynamik. Internationalismus war dabei vor Allem ein Gefühl, viel zu oft blieb er leider abstrakt: Wenn Studierende im Westen mit der Mao-Bibel winkten, hatten sie wohl kaum eine Vorstellung von den brutalen Auswirkungen der Kulturrevolution. Zwar kämpften die Linken gegen Unterdrückung, verhielten sich aber eher zurückhaltend, als sowjetische Panzer den Prager Frühling niederwalzten. In den USA prägten nordvietnamesische Fahnen die Friedensdemonstrationen,

aber die Niederschlagung der Aufstände im Nachbarland Mexiko blieben fast unbeachtet. Am stärksten war die tatsächliche Solidarität innerhalb der Länder, die eine vergleichbare Lebenssituation aufwiesen. (Neo-) Koloniale Aufstände, Bewegungen gegen Stalinismus und westliche „Generationenkonflikte“ tauschten sich vor Allem untereinander aus.

Die Herrschenden weltweit waren in Todesangst um ihr System und versuchten, den Protesten mit einer Mischung aus Repression und Zugeständnissen Herr zu werden. In Deutschland z.B. haben sowohl Notstandsgesetze und Rasterfahndung als auch die Sozialreformen der Brandt-Ära ihren Ursprung 1968. In den USA wurden Hoffnungsträger wie Martin Luther King Jr. oder auch Robert Kennedy und zahlreiche DemonstrantInnen ermordet, aber auch der „Civil Rights Act“ verabschiedet und einige Rechte der Schwarzen mit Hilfe der Armee im Süden durchgesetzt. Und selbst in der Tschechoslowakei folgte auf die sowjetischen Panzer eine gewisse Liberalisierung. Dass sie mit ihren repressiven Maßnahmen überhaupt durchkamen, liegt in den Fehlern der Linken, wie z.B. der RAF oder der Brigade Rosse, die die Abkürzung des individuellen Terrors gingen und glaubten, stellvertre-

tend für die ArbeiterInnenklasse den Kampf führen zu können.

Die organisierte Linke war in den meisten Ländern zu schwach oder zu eng mit dem Stalinismus verbandelt, um die Bewegungen mit effektivem Programm und Methoden zu rüsten. Es fehlte eine internationale Organisation, die die Kämpfe wirklich miteinander hätte verbinden können. Der Kapitalismus überlebte, weil die ArbeiterInnenbewegung keine starke Führung hatte. Doch ein Teil der revolutionären Studierenden zog auch die Schlüsse und versuchte in den kommenden Jahrzehnten den Kampf um die ArbeiterInnenenschaft gegen die Führung von Sozialdemokratie und Stalinismus zu führen.

1968 endete nicht mit dem 31.12.. Die angestoßenen Kämpfe hielten an. Wer die Erfahrung des massenhaften, oft revolutionären Widerstands gemacht hatte war nicht mehr bereit, sich mit alten Autoritäten abzufinden, auch wenn die großen Proteste irgendwann abflauten und es immer mehr um „individuelle Befreiung“ ging, wie es die Hippie-Bewegung versuchte. Viele gesellschaftliche Veränderungen, wie die sexuelle Befreiung oder Bildungsreformen setzten sich in den 1970er Jahren durch und halten bis heute an. Was heute aber auch noch bleibt, ist der Mythos '68, die Idee von Rebellion und zivilem Ungehorsam. '68 ist für viele gleichbedeutend mit sozialem und gesellschaftlichem Fortschritt.

Tilman M. Ruster



## Marx aktuell

**Die Frauen** der 1968er-Bewegung sahen ihre Forderungen nach Frauenrechten teilweise durch den gut gemeinten, bevormundenden Ton linker Massenparteien, aber auch kleiner „revolutionärer Gruppen“ beantwortet. Die theoretische Auseinandersetzung zur Unterdrückung der Frauen wurde nicht in die Praxis übertragen. Immer noch galt, was Clara Zetkin in ihrer Rede im Jahr 1900 auf der sozialdemokratischen Reichs-Frauenkonferenz in Mainz ausgeführt hatte: „In der Theorie sind die Genossinnen schon gleichberechtigt, in der Praxis aber hängt der Philisterzopf den männlichen Genossen noch ebenso im Nacken wie dem ersten besten Spießbürger“. Damit betont sie, dass Sexismus genauso innerhalb der ArbeiterInnenklasse bekämpft werden muss. Auch die 68er Linken waren in einer kapitalistischen und patriarcha-

### Frauenunterdrückung: Kein bloßer Nebenwiderspruch

len Gesellschaft geprägt worden und hatten Sexismus verinnerlicht.

Die maoistischen bzw. stalinistischen Gruppen hatten zudem ein mechanisches Verständnis vom Marxismus. Das erste und wichtigste Ziel sei es, den „Hauptwiderspruch“, den die Gegenüberstellung von Proletariat und Bourgeoisie bildeten, zu lösen. Daneben ergaben sich eine Reihe von „Nebenwidersprüchen“, wo die Frauenbefreiung einen darstellte. Sie sahen zwar, dass beide sich in Abhängigkeit von einander bestimmten, doch sahen sie eine Rangordnung. Erst wenn der Hauptwiderspruch gelöst sei, könne man sich den anderen zuwenden. Beziehungsweise geschehe dies dann von selbst.

Dadurch ignorierten sie die enorme Dynamik, die gerade die Proteste von Frauen in revolutionären Protesten hatten: kaum eine Revolution, wo die Frauen nicht am Beginn und an der Spitze gestanden hätten. Und sie wollten – zu Recht – nicht auf später vertröstet werden.

Marx und Engels sprachen nie von Haupt- und Nebenwiderspruch. Engels legte in seinem 1884 veröffentlichten Buch „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ die dialektische Verbindung der Entstehung von Klassengesellschaften und Unterdrückung von Frauen dar. Er betonte, dass das eine nicht ohne das andere überwunden werden kann, leitete daraus aber nicht ab, dass die Frauen auf „nach der Revolution“ warten sollten. Auch die Auffassung, dass sich sexistische Diskriminierung in einem modernen Kapitalismus oder auch nach einer Revolution von selbst löst, ist ein Fehlglaube. Die verschiedenen Unterdrückungsmechanismen stehen in einer dialektischen Verbindung, es gibt keinen Kapitalismus ohne Frauenunterdrückung. Doch eben weil wir im Kapitalismus geprägt worden sind, braucht es auch nach einer Revolution bewusste Schritte für Frauenrechte.

Auf Grund des oft sexistischen Verhaltens und der Theorie von Haupt- und Nebenwidersprüchen hat sich in der 68er-Bewegung die autonome Frauenbewegung von den sozialistischen Organisationen getrennt. Die falsche Politik von Teilen der „revolutionären Linken“ hatte das revolutionäre Potential langfristig geschwächt. August Bebel schreibt in „Die Frau und der Sozialismus“ 1879: „Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter.“ Ein geeinter Kampf der ArbeiterInnenbewegung, von Frauen und Männern, ist dafür am effektivsten, denn der Kampf für die Frauenbefreiung ist in seiner Wurzel Teil des Klassenkampfes.

Monika Jank



# Von halben & ganzen Sachen

Das Jahr 1968 gilt bis heute als Leuchtfeuer des internationalen Widerstands gegen Krieg, Kolonialismus, Ausbeutung, kurz: den Kapitalismus. 2018 geistert durch bürgerliche Medien wiederum die Mär einer liberalen Studierendenrevolte. Bis heute fehlt vielen HistorikerInnen das Verständnis für die Ursachen – und das Scheitern – der revolutionären Situation in Frankreich, der Anti-Apartheids Bewegung in Südafrika, der Antikriegsbewegung in den USA oder

Die herrschenden Systeme in Ost und West waren erschüttert, die Herrschenden in der Defensive, teilweise auf der Flucht. In Frankreich bildete sich in einzelnen Regionen gar eine Doppelherrschaft: auf der einen Seite existierte nach wie vor die alte Staatsmacht, KapitalistInnen, Polizei und Justiz und die alte Elite. Auf der anderen Seite entstanden Streik- und Aktionskomitees, welche als demokratisch gewählte Räte „staatliche Aufgaben“

Die Macht der Herrschenden war erschüttert und sie waren uneinig darüber, wie sie reagieren sollten. Große Teile der Bevölkerung wollten, dass „sich etwas ändert“, und zwar nicht nur in Details. In vielen Ländern waren es Massen, die Teil von Protesten, Streiks und Bewegungen waren. Und doch gelang es der Linken und den Gewerkschaften nicht, die Revolution zum Sieg zu führen. Dies lag im Wesentlichen daran, dass die führenden Kräfte lie-

mokratie und Stalinismus wollten keine erfolgreichen sozialistischen Revolutionen – weder in Ost noch in West –, da sie ihre eigene Macht in Frage gestellt hätten.

**Diese Haltung** zeigte sich auch bei der Frauenbefreiung und Befreiungsbewegungen in den (ehemaligen) Kolonien. Der Kapitalismus bedeutete dort eine Fortführung der nationalen und v.a. wirtschaftlichen Ausbeutung. Trotzdem wurde argumentiert, man müsse als erste Etappe bürgerliche Demokratie und nationale Unabhängigkeit erkämpfen. Mit dem Kapitalismus würde man sich dann später beschäftigen. Das führte dazu, dass viele dieser Staaten nach wie vor in einem quasi-kolonialen Abhängigkeitsverhältnis von imperialistischen Staaten sind. Das Bewusstsein radikalisierte sich und manche erkannten – wie Malcolm X oder auch Martin Luther King in den USA –, dass demokratische Rechte nicht getrennt von sozialen Rechten erkämpft werden konnten.

Doch vielen der linken Gruppen mangelte es an einer Perspektive und einem Programm, damit die Bewegung die Macht übernehmen konnte. Das kritisierte auch Militant, Vorfeldorganisation des CWI

in Großbritannien in einem offenen Brief an die kommunistische Partei: „Nach Ansicht von Marxisten... hätte eine echte kommunistische Partei deutlich die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Wandels verkündet.“ Die Herausgeber des kommunistischen Zentralorgans „verkündeten, dass es kein revolutionäres Bewusstsein gab. Das ist einfach nicht wahr.“

**1968 war** keine erfolgreiche Revolution, doch wurden maßgebliche Verbesserungen in vielen Bereichen erreicht. Doch eben weil die Bewegung in den meisten Fällen stecken blieb, weil der Kapitalismus nicht gestürzt wurde, waren viele Verbesserungen nicht von Dauer. Auf der revolutionären Welle kam es in den 1970er Jahren zu einer Serie von gesellschaftspolitischen und sozialen Reformen – die aber spätestens ab den 1980er Jahren wieder in Frage gestellt wurden. Vieles davon ist heute Geschichte. Einmal mehr hat sich gezeigt, dass eine halbe Revolution letztlich gar keine ist. Eine der wichtigsten Lehren von damals für heute ist: wir brauchen eine revolutionäre Partei, welche in objektiv revolutionären Situationen den subjektiven Unterschied ausmacht.

Moritz C. Erkl

*1968 wurde der Sack nicht zugemacht – darum ist viel Erreichtes wieder verloren worden.*

des Kampfes der ArbeiterInnen in der ehemaligen Tschechoslowakei gegen Stalinismus und für einen von ArbeiterInnen geführten Sozialismus.

Weltweit gelang es, Verbesserungen für die arbeitenden Massen als Zugeständnisse der herrschenden Elite abzupressen. Fragen der sexuellen Selbstbestimmung und der Gleichstellung von Frauen wurden ebenso wie Lohn erhöhungen oder (wie in Frankreich) eine Arbeitszeitverkürzung erstritten. Doch all diese Erfolge verblieben vor dem Hintergrund der tatsächlichen Möglichkeiten. Und vieles blieb nicht von Dauer.

übernahmen. Die Macht lag auf der Straße.

Der Nachkriegsaufschwung hatte mit seiner Verbesserung der Lebenssituation der ArbeiterInnen nicht nur deren Möglichkeit sich zu organisieren erleichtert, sondern auch Millionen Menschen die Ketten, in welchen sie gefangen waren, bewusst gemacht. Die Ausbeutung durch die Herrschaft des Kapitals erzürnte die Massen und führte sie zum Widerstand. Was oft als kleine Studierendenproteste begann, führte auch die ArbeiterInnen auf die Straße. Der Sturz der Diktaturen in Spanien und Portugal waren eine der Folgen.

ber den Status quo erhalten wollten, als „revolutionäre Wagnisse“ einzugehen. So orientierten sich die Kommunistischen Parteien dieser Welt am Kurs des stalinistischen Kreml. Hand in Hand mit den von ihnen dominierten Gewerkschaften wie der CGT in Frankreich hatten sie ihren Frieden mit dem Kapitalismus geschlossen, drängten die Bewegung, bei der zehn Millionen ArbeiterInnen im Streik waren, in parlamentarische Bahnen und scheuten einen revolutionären Weg. Das Credo war: soziale Verbesserungen jetzt, Sozialismus später.

Die reformistischen Führungen von Sozialde-

# 9. Juni: Demonstration für Bildungswesen

**Angesichts** der großen Angriffe und Kürzungen, die Schwarz-Blau im Bildungssektor plant (weniger LehrerInnen, Ausleseverfahren und Elitenbildung sowie die Isolierung von MitgrantInnen) war die SLP von Anfang an aktiv in der Organisation von Widerstand. Der erste Punkt in unserem 6-Punkte-Plan, um Schwarz-Blau zu stoppen, ist der Aufbau von Aktionskomitees. Und genau das versuchen wir im Bildungssektor. SLP-Mitglieder haben zusammen mit anderen AktivistInnen der Pädagogischen Hochschule und der Uni Wien die Initiative „Kritische Lehramtsstudierende“ gestartet. Die IKL war am 13. Januar bei der großen Anti-Regierungsdemonstration anwesend, hat aber auch regelmäßige Treffen, wo Forderungen und Strategien gegen das neue Bildungsprogramm besprochen werden.

Gemeinsam mit anderen wurde am 17. Februar die Vernetzungskonferenz Bildung organisiert. Dort bildete sich das Aktionsbündnis Bildung und es wurde eine Demo am 9. Juni gegen das Bildungspaket von Schwarz-Blau beschlossen. In der Woche davor organisieren Lernende und Lehrende ebenfalls Aktionen. Dies ist ein erster Schritt zum Aufbau von Aktionskomitees, damit die ver-

schiedenen Bereiche des Bildungssektors beginnen, gemeinsam und von unten organisiert für ein gemeinsames Ziel zu kämpfen.

Auch die ÖH hat begonnen, gegen die Kürzungen im Bildungsbereich zu mobilisieren. Sie plant einen Monat für kostenlose Bildung im Mai sowie Vollversammlungen an den Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen Mitte Juni. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir laden die ÖH und andere Bildungsbewegte ein, sich der Kampagne, dem Aktionsbündnis und der Demonstration vom 9. Juni anzuschließen.

Die Ziele des Aktionsbündnisses sind: 1) Demokratische Strukturen - Demokratie von unten statt neoliberale "Expert\*innen"!

2) Heute mehr Geld für die Bildung von morgen - Geld für Bildung statt für Banken und Konzerne!

3) Für gemeinsame, inklusive Bildung für alle - statt Hürden, die Menschen von Bildung fernhalten!

Zusammen können wir die Art von Bewegung aufbauen, die nötig ist, um die Angriffe abzuwehren und ein Bildungswesen aufzubauen, das jedem Kind die Möglichkeit gibt, sein volles Potential zu entfalten.

**Hannes Brettros**

FB/Aktionsbündnis Bildung



## USA: SchülerInnen gegen NRA

**Die BefürworterInnen** von stärkerer Waffenkontrolle in der Debatte rund um Waffengewalt in den USA

nahe täglich um die Opfer ihrer Geschäfte getrauert wird, sehen diese Lobbies, allen voran die NRA, vor

und sagt korrekterweise: „Wenn ihr das nicht lösen könnt, sollt ihr gehen“. Sie kritisieren ebenfalls den zerstörerischen Einfluss von Konzernen. Damit greifen sie allerdings nicht nur die Republikaner an, sondern auch die Demokraten. Denn das sind beides die Parteien der Reichen.

*Republikaner und Demokraten stehen auf der Lohnliste der Waffenlobby.*

bekam nach einem weiteren Amoklauf an einer Schule neuen Aufwind. Es folgten SchülerInnenstreiks und eine Demonstration in Washington mit über 100.000 TeilnehmerInnen.

Diese Proteste sind vor allem gegen die Waffenlobby in den USA gerichtet. Während an Schulen und auf den Straßen bei-

dem das Problem darin, dass nicht nur die „good guys“ Waffen besitzen? Nun, wer sind denn diese „good guys“? Dazu gehören ja auch PolizistInnen, von denen - oft rassistisch motivierte - Waffengewalt ausgeht.

Diese Bewegung, die von den Demokraten stark unterstützt wird, zeigt auf Trump und die Regierung

Die Lösung der Demokraten ist, dass man sie wählen soll. Doch der einzige Weg, die aktuelle Lage zu verbessern und die Regierung zu stürzen ist es, eine Massenbewegung aufzubauen, die die Interessen der ArbeiterInnen, Jugendlichen und SchülerInnen vertritt - und nicht der NRA.

**Simon Salzmann**

## Die Lehre – Ausbeutung pur!



**Das Österreichische** Institut für Berufsbildungsforschung (öbf) hat den zweiten Lehrlingsmonitor, eine Erhebung der Arbeitsbedingungen von Lehrlingen im letzten Lernjahr, herausgebracht. Die Ergebnisse: Gut 40 % aller Lehrlinge müssen „eindeutig ausbildungsfremde“ Tätigkeiten verrichten, 33 % leisten Überstunden, 76 % gehen trotz Krankheit arbeiten, 17 % der Minderjährigen müssen sonntags arbeiten (trotz

des Verbots!) und nur 30 % geben an, dass sie mit ihren AusbilderInnen viel über die Inhalte der Lehrabschlussprüfung gesprochen haben. Oft werden Lehrlinge also gar nicht ausgebildet, sondern als billige Arbeitskräfte genutzt. Wir können von der Regierung, die ja schon die Jugend-Vertrauensräte abschaffen will, hier aber keine Verbesserungen erwarten. Die müssen selbst erkämpft werden!

**Leon Neureiter**

## KämpferInnen des Monats



**Massenhaft** wird diese Tage in Frankreich gestreikt und besetzt - doch es erfordert besonderen Mut, auch als kleine, besonders entrechtete Gruppe zu kämpfen. Zehn Beschäftigte des Reinigungsunternehmens „La Providence“ streiken schon über zwei Monate gegen die besonders schlechten Arbeitsbedingungen.



# Portugal: Wie links ist die Regierung?

Die Idee, dass die aktuelle Regierung in Portugal die Sparpolitik der Troika beenden würde, hat sich als Illusion erwiesen. Die liberale Sozialistische Partei (PS) bildete Ende 2015 eine neue Regierung nach vier Jahren brutaler Kürzungen durch die konservative Rechte. Allerdings ist die Regierung sehr instabil und braucht die Unterstützung des Links-

fährlichen Zustand, aber öffentliches Geld wird an Private gegeben. In den letzten Monaten standen Proteste und Streiks von Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf der Tagesordnung. Einige wurden gegen den Widerstand der Gewerkschaftsführung organisiert. Das ist das Resultat der Regierung des „kleineren Übels“, die sowohl von der EU als auch

dig. Diese Chance wurde vom Linksblock und der PCP nicht genutzt. Stattdessen ordnen sich beide Parteien dem Pakt und dem Programm der PS unter und machen nur hier und da andere Vorschläge, oft hinter verschlossenen Türen.

Die Folgen für die Linke haben sich bei den Lokalwahlen im Oktober 2017

tigen anzusprechen und zu mobilisieren. Sie isolieren sich von allen kämpferischen Bewegungen. Das wurde am 8. März klar, als die Führung der PCP den internationalen Streik nicht unterstützte und sich dem Protest nicht anschloss, bei dem in Lissabon mehr als 1.000 Frauen und Jugendliche in einer der größten Demonstrationen gegen Sexismus im Lande auf die Straße gingen.

Der größte Gewerkschaftsverband (CGTP), der von der PCP angeführt wird, zeigt die widersprüchliche Rolle der Linken zur aktuellen Regierung. Die Zahl an Streiks im öffentlichen Dienst hat – wegen des Drucks aus der Basis – 2017 jene der Troika-Jahre sogar überstiegen. Aber die Führung verunmöglicht wichtige Siege, ruft nur zu isolierten Streiks in einzelnen Branchen auf und weigert sich, die Kämpfe zu vereinen und einen Generalstreik auszurufen. So trennen sie z.B. den Kampf der PflegerInnen von jenem der ÄrztInnen. 2018 wird mehr Kämpfe in verschiedenen Bereichen sehen. Aber die CGTP-Führung setzt den Generalstreik nicht auf die Tagesordnung.

Mitglieder des CWI sind führend in einer neu-

en bundesweiten SchülerInnenorganisation beteiligt und Teil in wichtigen Kampagnen für freien Bildungszugang und die Vergesellschaftung der Hausarbeit. Die Unzufriedenheit bezüglich der aktuellen Arbeitsmarktsituation, Gesundheit, Bildung und Wohnen wächst – und es gibt eine Offenheit für die Idee von Organisation um ein anti-kapitalistisches sozialistisches Programm. Allerdings ist dies nicht einmal die Spitze des Eisberges der neuen sozialistischen Massenbewegung, die sich bilden wird. Unsere Aufgabe ist es, in diesem Prozess der Reorganisation der Linken und der Radikalisierung der ArbeiterInnenklasse einzugreifen und neue breite ArbeiterInnenparteien aufzubauen ohne den Aufbau eines revolutionären Kerns zu vernachlässigen, der einen klaren Weg in Richtung Überwindung des Kapitalismus aufzeigt als Weg, um die Sparpolitik endlich zu beenden.

**Minerva Martins,**

Socialismo Revolucionário  
[www.socialismohoje.word-press.com](http://www.socialismohoje.word-press.com)

Minerva wird beim Sommercamp der SLP von 19.–26.8. in Kärnten teilnehmen.

*„Contraption“ bedeutet eine neoliberale Politik, die von links weißgewaschen wird.*

blocks (BE) und der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP). Diese Allianz ist als Contraption bekannt.

Doch die Zeit der Sparprogramme ist nicht vorbei. Die öffentlichen Investitionen sind unter dem Niveau der Troika-Jahre. Es gibt heute mehr Beschäftigte, die nur den Mindestlohn von 580 Euro verdienen und mehr prekäre Jobs als fixe Anstellungen. Gleichzeitig sind die Kosten für Wohnen 2010–16 um 40% gestiegen und steigen noch weiter.

In der Zwischenzeit bricht das öffentliche Bildungssystem zusammen, wie auch der öffentliche Verkehr und das Gesundheitssystem. Die Infrastruktur ist in einem ge-

linksreformistischen PolitikerInnen gelobt wird.

BE und PCP hätten ein Anti-Sparprogramm fordern sollen, wie die sofortige Anhebung des Mindestlohns auf 900 Euro, eine Verringerung der Arbeitszeit auf 35 Stunden und das Recht auf Kollektivverträge. Sie sollten Frauenkampagnen gegen sexuelle Belästigung und gleichen Lohn für gleiche Arbeit unterstützen, Kampagnen führen gegen Delogierungen und für Mietregulierungen, in denen sie die AnrainerInnen mobilisieren. Sie hätten damit aufzeigen können, dass die PS eine bürgerliche Partei ist, die die Profite der Kapitalisten gegen die Interessen von ArbeitnehmerInnen vertei-

gezeigt: Die PCP verlor ihre Mehrheit in zehn Gemeinden, der Linksblock bleibt auf lokaler Ebene eine unbedeutende Kraft. Die jüngsten Umfragen zeigen die PS nahe an der absoluten Mehrheit und sinkende Werte für Linksblock und PCP. Dennoch unterstützen beide Parteien weiterhin die Regierung und ermöglichen ihr dadurch, ihr Sparprogramm für die ganze Regierungsperiode umzusetzen.

Das schwächt beide Parteien: Die internen Strukturen des LB sind leer und konzentrieren sich auf Aktivitäten in den Institutionen. Die PCP ist immer weniger fähig, die neue Generation an Jugendlichen und prekär Beschäf-

# Streiks in Slowenien

Seit dem Jahreswechsel sieht sich die slowenische Regierung mit Streiks im Öffentlichen Dienst konfrontiert. Begonnen hatte es mit 30.000 streikenden öffentlich Bediensteten im Jänner. Gefolgt von 9.000 PolizistInnen und einem zweistündigen Warnstreik von Beschäftigten im Gesundheitsbereich im Februar. Im März folgten 40.000 streikende Beschäftigte im Bildungsbereich, 90% aller Schulen waren betroffen und 15.000 Menschen beteiligten sich an Demonstrationen. Sogar Beschäftigte des Geheimdienstes beteiligten sich an Kampfmaßnahmen.

Mittlerweile sah sich der slowenische Premier gezwungen zurückzutreten, in der Hoffnung, durch vorgezogenen Neuwahlen die Streikdynamik zu bremsen. Hintergrund der Auseinandersetzungen sind Forderungen nach ordentlichen Lohn- bzw. Gehaltserhöhungen und besseren Arbeitsbedingungen. In einigen Bereichen werden Erhöhungen von bis zu 15% verlangt. Eine streikende Lehrerin beschreibt gegenüber Vorwärts die Stimmung als „Entschlossen und geprägt von Solidarität“ und meint, dass „es ein großes Misstrauen gegenüber Versprechen gibt, die vor der Wahl gemacht werden“.

Obwohl zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit Sloweniens ein Haushaltsüberschuss erzielt wurde und die Wirtschaft auch sonst schneller als erwartet wächst (Prognose für 2018: + 5,1%), weigert sich die Regierung, die Forderungen zu erfüllen. Der zuständige Minister warnte davor, durch Lohnerhöhungen „die makroökonomische Balance zu brechen“. Dahinter steckt die Angst der Regierung, die Position Sloweniens als „Billiglohnland“ zu gefährden. Gleichzeitig macht die Gewerkschaft klar, dass trotz fünf Jahre anhaltendem Wirtschaftswachstum die Löhne nicht angemessen erhöht wurden bzw. vorherige Verschlechterungen, die die Regierung gesetzt hatte, nicht zurückgenommen wurden.

Die aktuelle Streikbewegung reiht sich ein in eine Serie wichtiger sozialer Kämpfe in den letzten Jahren. Begonnen bei der Massenbewegung gegen Sparpolitik und Korruption 2012, den Streiks der HafenarbeiterInnen in Koper, Protesten beim Transportunternehmen Arriva und aktuell Streiks von BergarbeiterInnen. SozialistInnen müssen die verschiedenen Proteste zusammenbringen, um einen gemeinsamen Kampf für echte Verbesserungen zu führen.

**Christoph Glaninger**



## Ungarn nach den Wahlen

**Orbán hat** die Wahlen klar gewonnen und scheint fester im Sattel zu sitzen als je zuvor. Bei der Ursachenforschung beschränkt sich die bür-

was fast nie passiert und im Öffentlichen Dienst wurden gewerkschaftliche Rechte de facto abgeschafft. Obwohl es Wut über Kürzungen und Ar-

und damit einhergehend Sozialabbau nach Ungarn geholt. Auf der Wahlebene gibt es auch deshalb keine linke Kraft, die dem existierenden Unmut eine Plattform bietet, weil sich die „fortschrittliche“ Opposition an die EU kettet.

Die einzig andere relevante Partei neben Orbáns Fidesz ist die faschistische Jobbik. Sie gibt sich bei Großdemos nach den Wahlen als „oppositionell“. Tatsächlich braucht es eine echte, sozialistische Alternative. Um diese aufzubauen, ist es nötig, sozialistische Perspektiven und kompromisslosen Widerstand gegen Jobbik & Co in die Proteste zu tragen.

**Nicolas Prettnner**

*Orbáns Erfolg ist durch den autoritären Staatsumbau und das Fehlen einer linken Alternative zu erklären.*

gerliche Berichterstattung auf die staatliche Repression gegen die oppositionelle Presse und den Kulturbereich. Doch die Regierung geht auch hart gegen Gewerkschaften und ArbeiterInnenrechte vor. So muss jeder Streik von einem Gericht bewilligt werden,

mut gibt, waren die sozialen Probleme – rund die Hälfte der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze – kaum Thema im Wahlkampf.

Zu Recht befindet sich die Sozialdemokratie am absteigenden Ast: Immerhin hat sie, als sie an der Macht war, die Troika

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

## Spanien: Frauenstreik

**Am 8. Mai** organisierten AktivistInnen in ganz Spanien einen Frauenstreik. Trotz nur laicher Unterstützung der Gewerkschaft brachte er durch starke Initiativen von unten Millionen auf die Straße. Besonders in Schulen und Universitäten wurde der Streikaufruf von vielen jungen Frauen aufgegriffen. Dadurch stellte er ein starkes Zeichen gegen die Politik der konservativen PP-Regierung dar. Iz-

quierda Revolucionaria (CWI in Spanien) und die sozialistisch-feministische Plattform Libres y Combativas organisierten maßgeblich mit und stellten klar, dass ein sozialistischer Feminismus auf Klassenbasis notwendig ist. Nur so können Probleme wie etwa Gewalt an Frauen, fehlender Zugang zu Abtreibungen, schlechte Löhne und Mehrfachbelastungen von Frauen gelöst werden.

[izquierdarevolucionaria.net](http://izquierdarevolucionaria.net)

## Brasilien: Protest nach Mord

**In Rio de Janeiro** wurde das langjährige Mitglied der linken Partei PSOL, Marielle Franco, durch gezielte Schüsse auf ihr Auto getötet. Zeit ihres Lebens setzte sich die schwarze, lesbische Aktivistin für die Rechte von Unterdrückten und Armen ein, insbesondere im Widerstand gegen die rassistische Polizeigewalt in den Favelas von Rio. Morde, die teilweise durch die Polizei verübt werden, sind in Brasili-

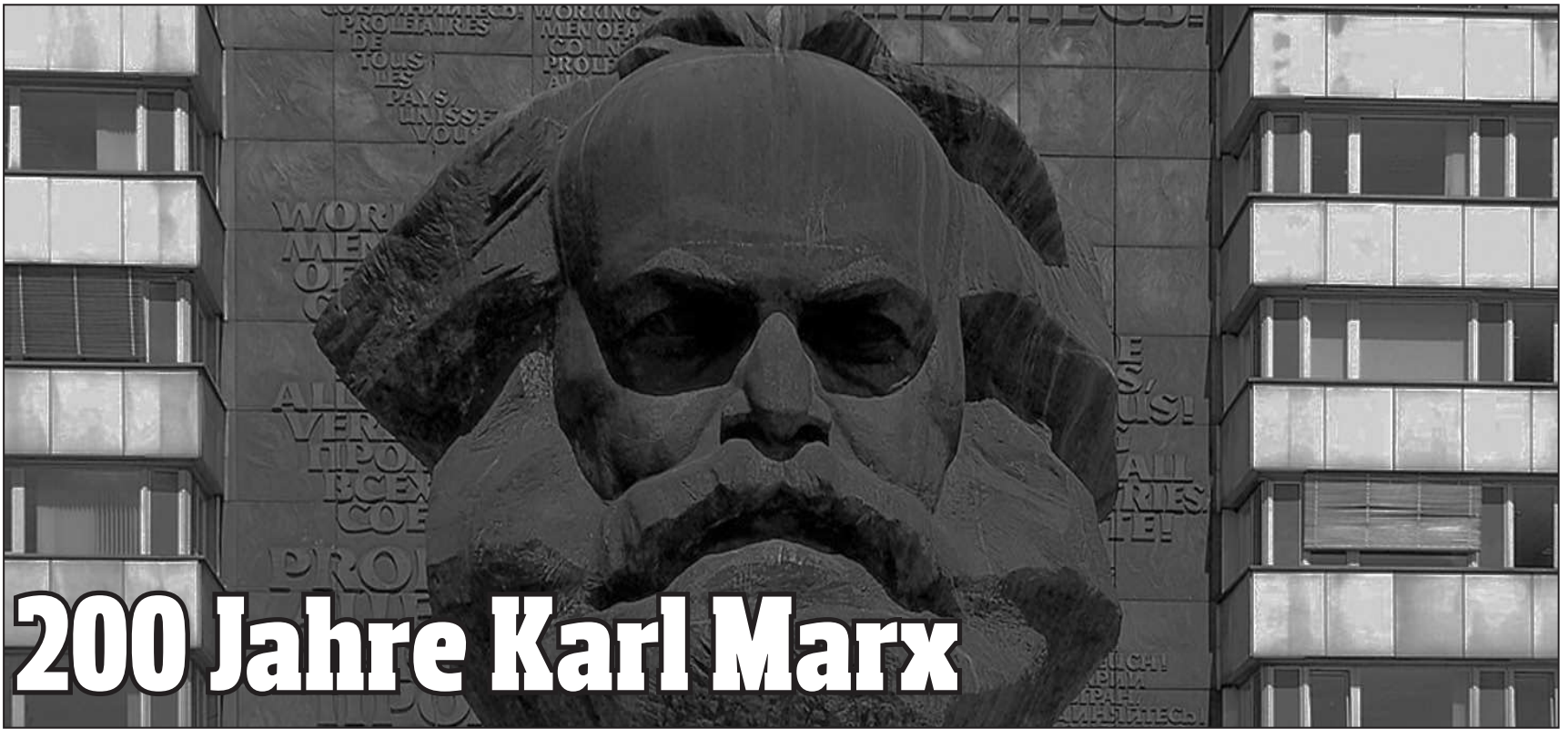
en keine Seltenheit. Nach dem parlamentarischen Putsch durch Michel Temer verstärkte sich die Repression erneut. Liberdade, Socialismo e Revolução (CWI in Brasilien) beteiligte sich landesweit an den Protesten nach der Ermordung Francos und fordert eine unabhängige Untersuchungskommission mit VertreterInnen sozialer Bewegungen sowie ein Ende des Militäreinsatzes in Rio.

[www.lsr-cit.otg](http://www.lsr-cit.otg)

## Polen

**Am 23. März** gingen Frauen erneut gegen die Pläne der rechten PiS-Regierung für ein weitgehendes Verbot von Abtreibungen auf die Straße. Trotz sehr kurzer Mobilisierungszeit waren wahrscheinlich mehr Protestierende auf der Straße als beim großen Frauenstreik 2016. Alternatywa Socjalistyczna (CWI in Polen) war dabei und betont die Notwendigkeit demokratischer Strukturen in der Bewegung.

[socjalizmxxi.nazwa.pl](http://socjalizmxxi.nazwa.pl)



# 200 Jahre Karl Marx

**Ausgerechnet** Jean Claude Juncker. Der EU-Kommissionspräsident, dessen Kürzungsdiktat Millionen in Armut gestürzt hat, hält die Eröffnungsrede zu den Marx-Feierlichkeiten in Trier. Bereits vor 100 Jahren schrieb Lenin, dass große RevolutionärInnen zu Lebzeiten verfolgt werden, nur um

Bildung gesellschaftlicher Klassen. Von nun an ließen die einen die anderen für sich arbeiten. In welcher Form diese Ausbeutung stattfand, hing immer vom Stand und der Art des technischen Wissens ab: „Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmühle eine Ge-

fen, was produziert wird. Um konkurrenzfähig zu bleiben, müssen die KapitalistInnen immer schneller und billiger produzieren. Sie ersetzen deswegen menschliche durch maschinelle Arbeitskraft. Damit untergraben aber die KapitalistInnen die Quelle ihrer Profite. In den einzelnen Waren steckt weni-

in unsere intimsten und persönlichsten Beziehungen einsickert. Marx zeigte auch auf, wie dieses System den „Stoffwechsel“ zwischen Mensch und Umwelt zerstört. Er erkannte, dass es im Kapitalismus keinen wirtschaftlichen Fortschritt ohne Zerstörung menschlicher und natürlicher Beziehungen gibt. Die gewaltigen Produktivkräfte, die der Kapitalismus auf seiner Jagd nach Profiten geschaffen hat, sind schon längst zu Destruktivkräften geworden. Dieses System nutzt etwa Drohnentechnologie, nicht um das Leben zu erleichtern, sondern um möglichst gezielt zu töten. Mit dem heutigen Wissen könnte der Mangel abgeschafft und die Klassengesellschaft überwunden werden. Doch dafür muss die herrschende Klasse gestürzt werden.

ren gewann er lebenslange MitstreiterInnen, ohne die sein Werk undenkbar wäre. Zwei stechen heraus: Seine Frau Jenny Marx, die selbst sozialistische Aktivistin wurde und sein kongenialer Partner Friedrich Engels.

1864 war er Mitbegründer der „Internationalen Arbeiter-Assoziation“, der ersten internationalen politischen Kampforganisation der ArbeiterInnenklasse. Obwohl sich sein Gesundheitszustand ab den 1860ern zunehmend verschlechterte, beteiligte er sich soweit es ihm möglich war, am Aufbau und an den Debatten der ArbeiterInnenbewegung. Für die politisch „Indifferenten“, die den Klassenkampf nur von der Seite kommentieren, hatte er nur Spott übrig.

Sartre schreibt: „Der Marxismus bleibt die Philosophie unserer Epoche: Er hat sich noch nicht überlebt, weil die Zeitumstände, die ihn hervorgebracht haben, noch nicht überlebt sind“. Digitalisierung, Klimawandel, Wirtschaftskrise und globale Rekord-Ungleichheit geben ihm Recht. Mehr denn je ist es heute wichtig, Marx' Ideen kennenzulernen und sich zu organisieren, um „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“

**Sebastian Kugler**

## Warum seine Ideen heute aktueller denn je sind.

nach ihrem Tod heiliggesprochen zu werden – „wobei man ihre revolutionäre Lehre des Inhalts beraubt“. Die Versuche, Marx heute „totzumarmen“ zeigen jedoch vor allem eines: dass er noch nicht tot ist.

Marx revolutionierte das Denken seiner Zeit. Er erkannte, dass die Art, wie eine Gesellschaft produziert und sich reproduziert, grundlegend dafür ist, wie diese Gesellschaft aussieht und welche Ideen in ihr aufkommen. Seit der „neolithischen Revolution“ (ein Begriff des marxistischen Archäologen Gordon Childe) in der Eisenzeit produzieren Gesellschaften mehr, als sie unmittelbar zum Überleben brauchen. Das ermöglichte wissenschaftlichen und kulturellen Fortschritt, aber auch die

sellschaft mit industriellen Kapitalisten.“

Vor allem seit der Krise 2008 findet Marx' Analyse des Kapitalismus immer mehr Beachtung. In diesem System wird produziert, um zu verkaufen. Das liegt daran, dass die BesitzerInnen der Unternehmen, die KapitalistInnen, Profit machen müssen. Sie konkurrieren untereinander. Wer nicht genug Profit macht, um seine Produktion immer mehr auszuweiten, wird vom Markt gedrängt. Wir, die ArbeiterInnenklasse, müssen unsere Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit den KapitalistInnen verkaufen. In dieser Zeit schaffen wir jedoch mehr, als unsere Arbeitskraft wert ist. Diesen „Mehrwert“ machen die KapitalistInnen zu Profit. Das heißt aber auch: Wir können niemals alles kau-

ger menschliche Arbeit und deswegen weniger Mehrwert. Sinken die Profitraten, lohnen sich Investitionen nicht mehr. Ob durch Überproduktion, Blasen oder zu geringe Profite ausgelöst – der Kapitalismus muss immer wieder zu zerstörerischen Krisen führen. Für die KapitalistInnen bringen diese Krisen das System und seine Teile wieder in eine Art Gleichgewicht, von der das Ganze wieder von vorne losgehen kann. Für uns bedeuten diese Krisen jedoch Armut, Arbeitslosigkeit und die Vernichtung unserer Lebensgrundlagen.

Schon im „Manifest der kommunistischen Partei“ beschreiben Marx und Engels, wie die KapitalistInnen auf der Jagd nach Profiten alles zur Ware machen müssen. Heute sehen wir, wie die Profitwirtschaft

**Marx war** nicht nur Beobachter, sondern aktiver Teilnehmer des Klassenkampfes der ArbeiterInnenklasse gegen Kapital und Adel. Schon mit 26 Jahren wurde er auf Befehl des preußischen Staates wegen seiner politischen Aktivität ausgewiesen. Das hinderte ihn nicht, an revolutionären Ereignissen 1848 teilzunehmen, auch in Wien. Den Rest seines Lebens lebte er als Staatenloser im Exil. Marx war kein Einzelkämpfer – schon in frühen Jah-

# Der aktuelle SLP-Lesetipp

**Die Wirtschaftskrise** 2007 war ein Schock. Und obwohl sie nun schon lange her ist, spüren wir ihre Nachwirkungen nach wie vor. Damals haben wir erstmals unsere Broschüre „Sozialistische Antworten auf die Krise“ he-

ist es korrekter zu sagen, dass wir in der kapitalistischen Normalität angekommen sind. Der Nachkriegsaufschwung war – insbesondere auch vor dem Hintergrund der Systemkonkurrenz – eine Sonderperiode mit wach-

sendem Lebensstandard für die ArbeiterInnenklasse. Der Rückbau der Sozialstaaten, sinkender Lebensstandard und zunehmende Unsicherheit: das ist der ganz normale Kapitalismus. Die Herrschenden haben viel versucht, um gegenzusteuern. Doch kaum wer hat das Gefühl, hoffnungsvoll in eine bessere Zukunft blicken zu können. Sozialistische Antworten sind daher genauso wichtig wie vor zehn Jahren – daher legen wir diese Broschüre in einer aktualisierten und vollständig überarbeiteten Form neu auf. Wir schreiben über die kapitalistischen Widersprüche, die zu Krisen führen und über verschiedene Lösungsansätze von Arbeitszeitfragen, über Standortlogik, Teile- und Herrsche-Politik, Keynesianismus und AussteigerInnenmodelle. Im Streik-1x1 und unserem Konzept der demokratisch geplanten Wirtschaft zeigen wir Kampfmöglichkeiten und Alternativen auf.

Um € 3.- (zuzüglich Porto) bei [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) zu bestellen

## Sozialistische Antworten auf die Krise – 10 Jahre nach Krisenbeginn die Neuauflage

rausgegeben. Tatsächlich ist die Krise eigentlich bis jetzt nicht wirklich vorüber, weil die Erholungen seither auf Sand gebaut sind. Es wird immer klarer, dass der Kapitalismus und mit ihm die ArbeiterInnenklasse in eine brutale neue Ära eingetreten ist. Doch eigentlich

sendem Lebensstandard für die ArbeiterInnenklasse. Der Rückbau der Sozialstaaten, sinkender Lebensstandard und zunehmende Unsicherheit: das ist der ganz normale Kapitalismus. Die Herrschenden haben viel versucht, um gegenzusteuern. Doch kaum wer hat

# Gemeinsam sind wir stärker!

Vor einigen Jahren begann ich, mir des hohen Ausmaßes an Individualisierung in der kapitalistischen Gesellschaft bewusst zu werden. Nach der Schule verspürte ich vermehrt den konstanten Leistungsdruck, unter dem viele Leute leiden. Kaum jemand hat Zeit, den eigenen Hobbies und Interessen nachzugehen. Das Gefühl von Vereinsamung ist häufig die Folge. Gesellschaftliche

Probleme werden auf die individuelle Ebene verschoben, anstatt gemeinsam nach einer Lösung zu suchen. Deshalb begann ich, den Kapitalismus in Frage zu stellen und den Wunsch nach einer anderen, gerechteren und sozialeren Gesellschaftsform zu entwickeln. Dazu kommt, dass ich als Frau Angst davor habe, eigene Kinder zu bekommen, da Mütter großteils auf sich allein gestellt sind.

Und mit der aktuellen Regierung wird sich die Lage auch noch verschlechtern. Ich bin der SLP beigetreten, um mich dafür einzusetzen, dass jeder ein würdiges Leben führen kann, wo notwendige Aufgaben wie Kinderbetreuung, Hausarbeit etc. gesellschaftlich aufgeteilt werden, und nicht jeder gegen jeden kämpft!

**Monika Jank,**  
23 Jahre,  
Studentin



## Weil wir unabhängig sind, brauchen wir DEIN Geld

Die SLP ist nicht abhängig vom Geld von Unternehmen oder Regierungen. Wir können daher schreiben, was ist, und nicht, was diese gerne hätten. 2018 haben wir viel vor: Widerstand gegen diese Regierung und ihre Politik. Unterstützung von Arbeitskämpfen. Organisation von Aktionen gegen rechte Gewalt und für Frauenrechte. Zeitungen, Broschüren, Veranstaltungen, Proteste und Demonstrationen. Um das

und noch viel mehr machen zu können brauchen wir viele helfende Hände (und Hirne) und auch Geld. Unser Ziel bis Ende 2018 ist es, 15.000 Euro aufzubringen. Hilf mit, damit wir das schaffen. Spende oder nimm ein (Förder)Abo von Vorwärts. Direkt in unseren Treffen, bei Aktionen oder auf unser Konto:

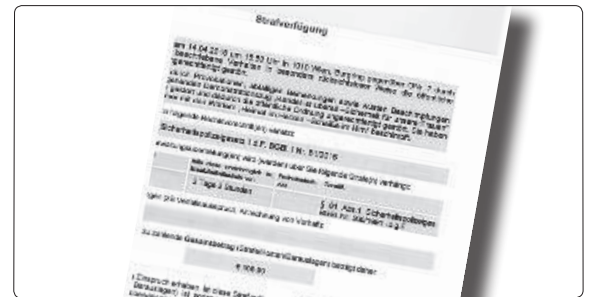
IBAN: AT2560000000008812733  
BIC: OPSKATWW

## Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN	VÖCKLABRUCK
<b>SLP-Ortsgruppe</b> jeden 2. Donnerstag, 18 <sup>00</sup> Uhr im 'Habert Café' Salzkammergut Einkaufspark	<b>SLP-Ortsgruppe</b> jeden 2. Donnerstag, 18 <sup>00</sup> Uhr im 'Café zur Brücke' Vorstadt 18
GRAZ	WIEN
<b>SLP-Ortsgruppe</b> jeweils Montag, 19 <sup>00</sup> Uhr im 'Café Stockwerk' Jakominiplatz 18	<b>SLP Wien-West</b> jeweils Montag, 18 <sup>00</sup> Uhr Buchhandlung 'Libreria Utopia' 15; Preysinggasse 26 – 28 (Nähe U3 Schweglerstraße)
LINZ	<b>SLP Brigittenau-Ost</b> jeweils Dienstag, 18 <sup>30</sup> Uhr im SLP-Büro 20; Pappenheimgasse 2/1 (Bei "Büro" läuten)
<b>SLP-Ortsgruppe</b> jeweils Dienstag, 18 <sup>00</sup> Uhr im 'Alte Welt', Hauptplatz 4	<b>SLP Brigittenau-West</b> jeweils Donnerstag, 18 <sup>30</sup> Uhr im SLP-Büro 20; Pappenheimgasse 2/1 (Bei "Büro" läuten)
SALZBURG-STADT	
<b>SLP-Ortsgruppe</b> jeweils Montag, 19 <sup>00</sup> Uhr im 'Shakespeare' Hubert-Sattler-Gasse 3 (Nähe Mirabellplatz)	
Kein SLP-Treffen in der Nähe? Wir helfen Dir beim Aufbau!	Termine und Veranstaltungen: <a href="http://www.slp.at">www.slp.at</a>



## Andere über uns



**Die Polizei,** der Freund und Helfer – der Rechtsextremen. Am 14. April schützte sie den „Kandel ist überall“-Aufmarsch. Für die von SLP- und Nicht mit mir- AktivistInnen organisierte Gegenkundgebung gab es nur Repression. Gegen Rassismus und Sexismus aufzutreten ist für sie „ungerechtfertigte Störung der öffentlichen Ordnung“, die mit 100€ bestraft wird. Einschüchtern wird uns das nicht – im Gegenteil!

Gibt es nicht aus Profitstreben; gibt es aus Überzeugung.



> Berichte  
> Analysen  
> Hintergründe  
aus sozialistischer Sicht.

**VORWÄRTS jetzt abonnieren!**



Normal-Abo: € 24.-  
Sozial-Abo: € 14.-  
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)  
All-inclusive-Abo: ab € 7.-/Monat  
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:  
IBAN: AT 2560000000008812733  
BIC: OPSKATWW

[www.slp.at](http://www.slp.at) | [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) | [f /slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)



Solidarität mit der "Brücke" in Vöcklabruck

Mehr auf Seite 5

# Werde aktiv mit der SLP!

*Gemeinsam Widerstand leisten statt einsam verzweifeln!*

Seien wir uns ehrlich: es ist schlimm! Die Regierung schreitet in ihrem unsozialen Vorhaben rasch voran: Kürzungen beim AMS, Angriffe auf die AUVA, Rechtsextreme in den Ministerien, rassistische Abschiebungen in unsichere Herkunftsländer – das ist nur die Spitze des schwarz-blauen (Sch)eisberges. Das macht Angst! Und Aufrüstung der Polizei und immer mehr Überwachung der öffentlichen Plätze erhöht auch

hier nicht das Sicherheitsgefühl.

Was aber Hoffnung gibt: Immer mehr Menschen merken, dass sie sich nicht mehr einzeln fürchten und ärgern müssen, sondern dass wir gemeinsam gegen die Regierung und für Verbesserungen kämpfen können. Großdemos gegen die Regierung, Streiks im Sozialbereich, Proteste bei AUVA, Austrian Airlines und im Bildungsbereich... Es tut sich was! Um erfolgreich zu sein, ist es wichtig sich zu vernet-

zen und sich zu organisieren. Tausch dich mit deinen NachbarInnen und ArbeitskollegInnen aus, wie euch die Regierungspolitik trifft und was ihr dagegen tun könnt. Gründet ein Widerstandskomitee, um eure Ideen und Erfahrungen zu diskutieren. Die SLP ist überall dort aktiv, wo es Widerstand gegen Kürzungspolitik, Rassismus und Sexismus gibt – werde gemeinsam mit uns aktiv! Komm zu einem unserer Treffen oder schreib uns!

**Nikita Tarasov**



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umwelterstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umwelterstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.